

Bern, 06. November 2014

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 30. November 2014 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)“:

Von diesem Steuersystem können lediglich Ausländer profitieren, was die Rechtsgleichheit verletzt und somit auch verfassungswidrig und diskriminierend ist. Zudem dürfen die entsprechenden Nutzniesser in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, wobei der Fiskus durch den fehlenden Einbezug der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuerausfälle hinnehmen muss. Obwohl Kantone wie Zürich und Schaffhausen durch den Systemwechsel einige Abwanderungen verzeichneten, führte dies letztendlich dennoch zu höheren Gesamterträgen. Ein schweizweiter Verzicht auf die Aufwandbesteuerung würde auch diese Wegzüge verhindern. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist insbesondere der EU-Raum im Vergleich mit dem Schweizer Steuerniveau wenig konkurrenzfähig. Neben den höheren direkten Steuern bestehen Mehrwertsteuersätze von teilweise weit über zehn Prozent. Letztlich stellt die Pauschalbesteuerung einen Teil des heutigen unsozialen und unökologischen deregulierten Standortwettbewerbs dar. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)“:

Im Jahr 2000 veräusserte die Schweizerische Nationalbank (SNB) mehr als die Hälfte ihres damaligen Goldbestandes zu einem äusserst niedrigen Marktpreis. Weltweit bauten die Nationalbanken ihre Goldreserven ab und verzichteten auf eine entsprechende Deckung der Landeswährungen. Stattdessen druckt die Europäische Zentralbank (EZB) massenweise Euros, was eine ständige Abwertung und die bereits erfolgten exorbitanten Staatsverschuldungen zur Folge hat. Gold verfügt über eine gewisse langfristige Preisstabilität und ist weniger volatil als Geldwährungen. Da die Entwicklung der grossen Volkswirtschaften eher ungewiss ist und die Nationalbank ihre Bilanz mit dem Kauf von Euro stark aufblähte, erscheint ein Goldanteil von 20% unabdingbar. Dieser Bestand soll als feste Reserve nicht verkauft werden dürfen. Des Weiteren befindet sich zurzeit 30% des Schweizer Goldes im Ausland. Entsprechende Machthaber könnten die Schweiz damit erpressen und die Herausgabe des Goldbestandes an bestimmte situative Bedingungen knüpfen. Daher sind die gesamten Reserven in der Schweiz zu lagern. Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten die Gold-Initiative als wichtige Regelung gegen importierte Konjunkturschwankungen. Die Unabhängigkeit der Schweiz als solches wird ebenfalls gestärkt. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Zur Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Ja-Parole gefasst.

Herbstversammlung der SD Schweiz